

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abgabepreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach Bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 9

Montag, den 12. Januar 1920

11. Jahrgang

Die Einigung zertrümmert!

Das Einigungswort, an dem die besten Genossen der Danziger Arbeiterbewegung in heißem Bemühen und mit ganzer Kraft gearbeitet haben, liegt zerschlagen am Boden. Der gestrige gemeinsame Parteitag, der endgültig über das Programm der geeinten Partei beschließen sollte, ist auseinander gegangen, ohne daß es zu einer Verständigung, ohne daß es zur endgültigen Einigung der sozialistischen Bewegung in der Freistadt Danzig gekommen ist.

Es fällt schwer, heute gegen die zu schreiben, heute die anzuklagen mit denen wir uns als Kampfesgenossen in einer Front vereinigen wollten, um gegen Reaktion und Kapitalismus, um für den völkerverfreienden Sozialismus zu streiten. Wir hatten es an den traurigen Verhältnissen, die sich seit November 1918 in Deutschland entwickelt haben gesehen, wozu es führt, wenn das Proletariat gespalten ist und man möchte die Politik der deutschen Sozialdemokratie noch so kritisch betrachten, eine Aenderung ihrer Taktik war nur dann möglich, wenn es gelang, mit den Unabhängigen im Reiche zu einer Einigung zu kommen. Das hat niemand klarer ausgesprochen als der Unabhängige Heinrich Ströbel. Der unabhängige Parteitag in Leipzig hat diese Ausichten zu nichte gemacht.

Die Versuche, die im Laufe des vorigen Jahres und unter anderem auch im Februar in Danzig gemacht wurden, total zu einer Einigung zu kommen waren von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt, weil jede örtliche Organisation nur ein Teil der Reichsorganisation ist. In Danzig aber lagen die Verhältnisse anders. Durch den Friedensvertrag scheiden wir aus dem Deutschen Reiche aus und bilden einen eigenen Freistaat. Die Tagesstreitobjekte wie „Koalitionsregierung“ und „Roste-Militarismus“ haben für uns ihre unmittelbare Bedeutung verloren. Wir haben an dieser Stelle schon mehrmals ausgeführt, daß wir in Danzig in Zukunft ganz andere politische und wirtschaftliche Verhältnisse haben werden als wie bisher. Aus diesem Grunde erkannten Genossen unserer Partei schon im Juni vorigen Jahres die Notwendigkeit einer Einigung und unternahm die ersten Schritte dazu. Wenn diese damals nicht zustande kam, so deshalb weil die Unabhängigen ihre Hauptaufgabe in der Gründung eines „Revolutionsausschusses“ und in „Aufrufen an das ausländische Proletariat“ sahen. Wir wußten, daß Revolutionärausschüsse und Aufrufe uns nicht mehr Brot und mehr Freiheit bringen würden. In diesen unpraktischen Forderungen der Unabhängigen zerklüft sich damals die Einigungsverhandlungen.

Im November kamen sie erneut in Fuß. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß es gerade Genossen aus unserer Partei waren, die erneut für Einigungsverhandlungen eintraten. Das reaktionäre Bürgerturn hatte zum Sammeln gelassen. Der deutschnationale Brünzen forderte die bürgerliche Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie. Zwar wurden die Genossen, die in Versammlungen und Sitzungen für die Vereinigung eintraten von der U. S. P. als Einigungsapostel verhöhnt, aber der Gedanke der Einigung hatte jetzt in den Massen feste Wurzeln geschlagen und schien zum Ziele zu führen. In jener denkwürdigen gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung am 24. November kam der Beschluß zu stande, der uns die Einigung zu bringen schien. Wieder waren es einige führende Genossen der U. S. P., die die goldene Brücke gebaut hatten. Die Vorgänge, die sich dann in den folgenden Wochen abspielten, brauchen wir hier nicht zu schildern, sie sind noch in aller Erinnerung.

Die sozialdemokratische Partei ist sich bei allen Verhandlungen der Schwere ihrer Verantwortung voll bewußt gewesen. Ihre politische Tätigkeit sollte auch in Zukunft aufgebaut sein auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnis, die uns ein Marx und Engels ein Daffale und Rausty gelehrt haben. Sie wußte aber auch, daß es galt Konzeptionen an die U. S. P. zu machen, um zu einer Einigung zu kommen. Manche warmende Stimmen haben sich deshalb in unseren Reihen erhoben, die da erklärten, daß wir uns durch die Anerkennung des Einigungsprogramms mit der Formel, daß „gegebenenfalls die Diktatur des Proletariats angewandt werden muß“, auf eine gewisse Zeit begäben. Sie wiesen auf die mangelnde sozialistische Erkenntnis und auf den hochköpfigen Parteiführer vieler U. S. P.-Beute hin. Aber in den Reihen der U. S. P. überwiegen die Optimisten, die da meinten, daß wir in gegenseitiger Duldung der verschiedenen taktischen Auffassungen, doch in einer Einheitsfront marschieren könnten. Stellen wir hier eine Tatsache fest. Als das Einigungsprogramm vom November bekannt wurde, hieß es in der bürgerlichen Presse, daß die Sozialdemokratie ins Joch der Unabhängigen gegangen sei. Das war Unfug. Aber sicherlich war es die sozialdemokratische Partei gewesen, die um des lieben Friedens willen sehr, sehr viel nachgegeben hatte. Nicht nur bei der Schaffung des Programms sondern auch in Organisationsfragen. Auf dem kürzlichen Parteitag der U. S. P. wurde der Antrag des Landesvorstandes abgelehnt, der die Besetzung der Vorstandämter nach dem Stärkeverhältnis beider Parteien forderte. Eine Forderung, die bisher bei allen Vereinigungen üblich gewesen ist. Um den Unabhängigen

auch hier entgegen zu kommen, wünschte der Parteitag der U. S. P. nur die paritätische Besetzung. Die U. S. P. ging auch auf die Anregung Maus ein, der in einer Vertrauensmännerklärung erklärte, daß die Diktatur nur nach Eroberung der politischen Macht ausgeübt werden soll. Damit war die äußerste Grenze des Entgegenkommens für die U. S. P. erreicht.

Den Vorsitz auf dem Parteitag führte Gen. Gehl. Referenten waren Mau von der U. S. P. und Krüger von der U. S. P. D. Lehner vertrat in seinem wissenschaftlich durchgeführten Referat den Standpunkt der uneingeschränkten Demokratie. Mau erklärte dem gegenüber, daß der Sozialismus nur durch Diktatur zu verwirklichen sei. Damit in der Frage der Diktatur in der geeinten Partei keine Meinungsverschiedenheiten bestehen dürfen, legte er eine Anzahl von Leitfäden vor, die in der Hauptsache dem neuen Leipziger Programm entnommen waren. Diese Leitfäden wurden von den Diskussionsrednern der U. S. P. scharf bekämpft. Gen. Grünhagen brachte einen Vermittlungsvorschlag ein, in dem er eine Anregung Maus aufnahm, die zum Beschluß einer gemeinsamen Vertrauensmännerklärung erhoben worden war. Danach sollte die alte Diktaturformel ergänzt werden durch den Passus, daß dieselbe „nach Eroberung der politischen Macht gegebenenfalls ausgeübt werden muß“. Grünhagen erklärte, daß er in allen Versammlungen und Sitzungen der U. S. P. für die Vereinigung eingetreten sei und zum Entgegenkommen und zur Duldsamkeit gemahnt habe. Ein weiteres Entgegenkommen in der Programfrage sei aber der U. S. P. nicht mehr möglich. Mau erklärte, daß die Annahme der Leitfäden unbedingt erforderlich sei, damit nicht eine verschiedenartige Auslegung des Einigungsprogramms möglich wäre. Der Vorsitzende Genosse Gehl ersuchte die Unabhängigen ihre Ergänzungsanträge zurückzustellen. Die Mitglieder der U. S. P. hätten von denselben erst heute Kenntnis erhalten und könnten in solgedessen solchen schwerwiegenden Programmveränderungen nicht zustimmen. Die Ergänzungsanträge könnten erst den örtlichen Parteibereinen zur Diskussion unterbreitet werden. Eine Einigung war im Plenum jedoch nicht zu erzielen. Von einem Mitglied der Unabhängigen wurde der Antrag gestellt, über den Vermittlungsvorschlag Grünhagens abzustimmen. Dem wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Daraufhin fanden zweimal geforderte Fraktionsberatungen statt. Die Mehrheit der U. S. P. war auch jetzt noch zum Nachgeben bereit und wollte das Programm in der beschlossenen Fassung der Vertrauensmännerklärung annehmen. Die Unabhängigen bestanden jedoch auf die unbedingte Annahme ihrer Leitfäden.

Damit war der Bruch vollzogen. Genosse Gehl wies darauf hin, daß an dem Verhalten der Unabhängigen das Einigungswort scheiterte. Diese hätten in den gemeinsamen Vorstandssitzungen erklärt, daß sie sich der Entscheidung des Parteitages fügen wollten. Das geschähe jetzt nicht. Eine Abstimmung ergab, daß auch ein großer Teil der Unabhängigen für den Vermittlungsvorschlag Grünhagens stimmte. Als die Gegenprobe vorgenommen werden sollte, forderte Mau zur Stimmenthaltung auf.

An dem Starrsinn der Unabhängigen ist das Einigungswort gescheitert. Niemand, der die Dinge objektiv betrachtet, wird der U. S. P. die Schuld geben können. Sie war zu einem ehrlichen Kompromiß bereit. Die Mehrheit der U. S. P.-Delegierten hat die Anträge, die die Einigung nur auf der unbeschränkten Grundlage des Erfurter Programms vollzogen haben wollten, abgelehnt, weil sie sich sagte, daß dann eine Einigung nicht möglich wäre. Die U. S. P. hat leider nicht das selbe Entgegenkommen bewiesen.

Die „Volksstimme“ hatte im Parteitagartikel am Sonntagabend geschrieben, daß die Verhandlungen im Geiste der Duldsamkeit geführt werden mögen. Wie sehr dieser Geist der Duldsamkeit bei der U. S. P. nicht vorhanden ist, zeigt folgender Beschluß, der uns von einem ihrer Mitglieder, der über das Verhalten seiner Partei empört ist, mitgeteilt wird. Danach sollte die U. S. P. die „rauhem“ Vorwürfe zum Programm annehmen würde, Brillanz den Antrag stellen, daß unsere Genossen Gehl, Krüger und Lehner als drei Jahre lang in der geeinten Partei annehmen dürften. Auch das ist ein Beweis dafür, daß den Unabhängigen an keiner Verständigung, sondern an einer Vergewaltigung lag.

Die Verantwortung für alles kommende fällt der U. S. P. zu. Wenn irgend wo die Einigung des Proletariats notwendig und möglich war, so war es in Danzig. Nun wird auch hier der Brudertampf zur Freude der Reaktion und des deutschen und ausländischen Kapitalismus weitergehen. Möge er sich wenigstens in sachlicher Form halten. Die besonderen Verhältnisse Danzigs werden schließlich das Proletariat zusammenschweißen, so oder so. Daß die Einigung jetzt aber nicht geschähe konnte, ist nicht unsere Schuld.

Der Frieden in Kraft getreten.

W. L. B. Paris, 10. Jan.
Heute nachmittag um 4 Uhr zeichneter am Quai d'Orsay im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor v. Simon und Freiherr v. Dersner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November über die Abwicklung der noch verbleibenden Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und über die Entschädigung für die vor Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe. Nach vollzogener Unterzeichnung übergab Ministerpräsident Clemenceau, als Vorsitzender der Friedenskonferenz, die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow und über die Art der Erfüllung dieser Verpflichtungen, die vorher getroffen worden waren.

Hierauf begaben sich die beiden deutschen bevollmächtigten Delegierten sowie die Ministerpräsidenten Clemenceau, Lloyd-George und Nitti und der japanische Botschafter Matsui nach dem Uhrensaal. Hier waren die bevollmächtigten Vertreter der Mächte, die bis jetzt den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert hatten versammelt. Außerdem die Minister Bloch, Lardieu, Lignas, sowie Jules Cambon, die englischen Minister Lord Curzon, Balfour und der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Scialoja. Von Belgien war anwesend der Minister für auswärtige Angelegenheiten Hymans.

Ministerpräsident Clemenceau eröffnete die Sitzung und lud zur Unterzeichnung des Ersten Protokolls über die Unterlegung der Ratifikationsurkunden ein. Zuerst unterzeichnete Ministerialdirektor v. Simon, darauf Freiherr v. Dersner, nach ihnen der Reihe nach Lloyd-George, Clemenceau, Nitti, Matsui, Hymans, sowie nach alphabetischer Anordnung die Vertreter der kleineren alliierten Staaten.

Nachdem Clemenceau unterzeichnet hatte, begab er sich zu den deutschen Delegierten und erklärte ihnen mündlich: „Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß nach heute abend der Frieden im Heimeinigung der deutschen Gefangenen unterzeichnet wird.“

Nach Unterzeichnung aller Bevollmächtigten ergriff Ministerpräsident Clemenceau das Wort und erklärte, daß nunmehr nach Austausch der Ratifikationsurkunden und Erledigung des Ersten Protokolls über die Abwicklung der noch verbleibenden Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand in Kraft getreten sei und daß die sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Hierauf schloß er die Sitzung. Die Zeremonie dauerte acht Minuten.

Der Friede ist um 4.15 Uhr nachmittags in Kraft getreten.

Eine Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten.

„Het Volk“ vom 3. Januar 1920 berichtet, daß Ende November in Chicago mehr als 1000 Vertreter der organisierten Arbeiter zusammenkamen, um die Gründung einer Arbeiterpartei in Erwägung zu ziehen, deren Zweck sein soll „alle Hand- und Kopfarbeiter der Vereinigten Staaten zu organisieren, zur Erreichung einer politischen, sozialen und industriellen Demokratie“, und nachdem diese Vertreter vier Tage beisammen waren, wurde diese „Arbeiterpartei“ der Vereinigten Staaten gegründet. Diese Partei ist ebenbürtig wie ihre englischen Namensgenossen eine scharf ausgesprochene sozialistische Partei, deren Ziel es ist, die Arbeiterbewegung ebenbürtig wie die englische jetzt bereits für England, in Zukunft die politische Partei der amerikanischen Arbeiter werden. In den anglo-schifflichen Ländern scheint nun einmal die Arbeiterbewegung einen anderen Ausgang zu nehmen zu müssen, als auf dem festen Lande von Europa. Und die amerikanische sozialistische Partei — so hofft das sozialistische Blatt der Arbeiter in St. Louis auch — wird dann in demselben Verhältnis zu der Arbeiterpartei in ihrem Lande zu stehen kommen, wie die U. S. P. in England zu der englischen Arbeiterpartei. Die amerikanische Arbeiterbewegung in Zukunft, ihre Klassenbewußte Propaganda fortsetzen und ihre Organisationsarbeit noch energischer als früher vorantreiben müssen. Aber zugleich wird sie einsehen müssen — meint das Arbeiterblatt von St. Louis — daß der politische Klassenkampf in den Vereinigten Staaten auf der breitesten Basis wird organisiert werden müssen. Und durch die Gründung der Arbeiterpartei ist damit der Anfang gemacht.

Wilhelm, der Landesverräter.

Die „Post“ vom 10. Januar 1920 berichtet, daß die Veröffentlichung der Briefe Wilhelms an Nitti fort. Es geht aus einem dieser Briefe hervor, daß Wilhelm in der „Marinerunde“ Artikel unter dem Pseudonym „D.“ geschrieben hat, die die wichtigsten getarnten Konstruktionspläne für deutsche und ausländische Kriegsschiffe hat er immer schamlos dem guten Nitti gesandt. Die Solidarität der Selbstverleugung ging ihm über die Interessen des deutschen Volkes.

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Bericht vom gemeinsamen Parteitag und Stellungnahme dazu.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Wilhelms Blutzrepte.

Unter den jetzt veröffentlichten Kaiserbriefen an den Zaren ist besonders einer interessant, den der „Vorwärts“ bereits im Oktober 1918 veröffentlichte.

Dieser Kaiserbrief ist vom Jahre 1905 datiert und in englischer Sprache abgefaßt. Von seinen ca. 400 Zeilen gab der „Vorwärts“ seinerzeit die Hauptstellen wieder, die auch heute noch das größte Interesse beanspruchen dürften.

Der Brief, der die Urrede „Bestes Volk“ führt, geht von dem Akzent auf den Großfürsten Sergius von Rom an. In seinem mit einer starken Dosis Attentatsangst gemischten monarchischen Solidaritätsgefühl schimpft hier ähnlich wie in seinen berühmten Randbemerkungen in den Kriegsjahren über das Attentat von Garajewo:

„Diese Schurke von Anarchisten haben eine dunkle und gemeine Tat begangen. Ich kann nicht glauben, daß diese Leute aus den Reihen Deiner Untertanen hervorgegangen seien. Es sind sicher Usurper aus Gent.“ (Anwänder, Fremde sind es zum Teil. . . .)

Hieran antwortend, entwickelt der Kaiser dem Zaren die „europäische Meinung“, die sich übereinstimmend über die Verhältnisse in Rußland gebildet habe. In das Gewand dieser „europäischen Meinung“ sind dann auch die folgenden Ratsschlüsse gekleidet, so daß dem Zaren die Meinung seines kaiserlichen Beraters gleichsam als der Standpunkt der gesamten europäischen Öffentlichkeit dargelegt wird. Da heißt es u. a.:

„Das Resümé aller dieser „on dit“ (wörtlich: Man sagt) — gemeint ist eben die öffentliche Meinung Europas) ist folgendes: Das Regime Nikitsch hat der Presse allzu plötzlich viel größere Freiheit gewährt als früher, und hat die Zügel, die diese so straff hielt, allzu schnell gelockert.“

Daher sei die Ehrfurcht vor der absoluten Regierung gemindert worden, wie aus einer Reihe von Briefen an den Zaren hervorgehe, und dem Zaren wird der Rat erteilt, diese Ehrfurcht wieder herzustellen. Bei den Leuten habe sich die Überzeugung gebildet, daß sie vor das Schloß des Zaren hindretreten und ihm ihre Wünsche vorbringen können. Wilhelm empfiehlt sich als Oberregisseur der ins Auge gefaßten Komödie:

„Deshalb wird die Meinung geäußert, daß es nützlich sein würde, wenn der Zar einige von ihnen, die ein von Truppen umgebenes Biered bilden würden, vor dem Schloß empfangen und ihnen vom Balkon eine Ansprache halten würde. Er müßte dabei von der Geistlichkeit im Ornat und mit Kreuzen und von seinem Gefolge umgeben sein und zu den Leuten wie ein Vater sprechen. Das müßte geschehen, bevor die bewaffnete Gewalt zu Worte käme. Es würde sehr möglich sein, auf diese Weise ein Blutvergießen zu vermeiden oder wenigstens seinen Umfang zu mindern.“ (Wilhelm war also für „Blutvergießen mittleren Umfanges“. — Wie ein Vater! Die Redaktion.)

Der Kaiser meinte, daß eine solche Rede vom Balkon bis in die entlegensten Gegenden des Reiches ertönen und „eine unzweifelhafte Niederlage der Demagogen und Agitatoren“ bedeuten würde. — In folgendem zeigt der Kaiser dem Zaren in der Form schonend, in der Sache sehr bestimmt auseinander, daß der japanische Krieg unpopulär sei, und da die Verantwortung für die Niederlagen dem Herrscher zugesprochen werde, zu der Unpopularität des Herrschers und seiner Dynastie beitrage:

„In Europa sind alle gleichsam durch ein stillschweigendes Übereinkommen in dem Punkte einig, daß der Zar persönlich für den Krieg verantwortlich ist. Der Anfang des Krieges, das Unerwartete des plötzlichen Ueberalles, die offenbar unzureichende Vorbereitung all das

ist, wie man sagt, seine Schuld. Man sagt, daß Tausende von Familien, die ihre Männer durch den Krieg verloren haben, für das Blut dieser den Zaren verantwortlich machen und ihre Klagen vor seinen Thron vorbringen.“

Der Kaiser legt dem Zaren auseinander, daß ein populärer Krieg für den Herrscher leicht zu ertragen sei.

„Die Verantwortung für eine unpopuläre Sache ist aber ganz etwas anderes.“

Und dieser Krieg sei in allen Klassen Rußlands unpopulär, selbst bei den Offizieren, hauptsächlich wegen der Mißerfolge der russischen Waffen.

„Am Resultat dieser Überlegungen fängt das Publikum an anzudeuten, der Zar könne selbst das Oberkommando übernehmen und sich an die Spitze der Truppen stellen. . . . Sowohl das europäische Publikum, als auch die russische Nation blickt instinktiv auf den Zaren und erwartet, daß er hervortreten und sein großes Werk heroisch vollbringen wird. Man erwartet von ihm, er möge allen zeigen, daß er, der Selbtherrscher seines Volkes, bereit ist, dessen Sorgen und Qualen zu teilen, soweit es in seiner Macht steht. Diese allgemeine Erwartung habe jemand in sehr beleidigenden Worten ausgedrückt. (Das Folgende im Urtext französisch): Der Zar muß eine große Tat vollbringen, um seine Macht aufs neue zu stärken und seine bedrohte Dynastie zu retten. Er muß mit seiner Person bezahlen (il faut qu'il paie de sa personne).“

Für sich selber hat Wilhelm den Grundsatz, mit seiner Person zu bezahlen, nicht eingehalten. Anderen derartiges zu raten, ist freilich leichter!

Im folgenden wird dann wieder die Idee einer feierlichen Proklamation an das Volk mit allem Pomp erörtert, die vom Moskauer Kreml aus erfolgen soll. Der Zar solle nach Moskau fahren, den Adel und die Nobilität in seinem prächtigen Palast versammeln und sich mit einer Rede an sie wenden:

„Man könnte mit einem Tadel für die veröffentlichten Briefe, für die an den Zaren gerichteten Schriftstücke, beginnen und sagen, das sei eine schlechte Sitte, die nicht wiederholt werden sollte. Dann müßten die Reformen, die der Zar selbst für sein Volk nützlich findet, erklärt werden, feierliche Versprechungen allgemeiner gesetzgebender Versammlungen, keine Konstituante, keinerlei Nationalkonvente, sondern einfach ein „habeas corpus Akt“ und die Erweiterung der Kompetenzen des Staatsrats. Keinerlei Versammlungs- oder Pressefreiheit und der strengste Befehl an alle Zensoren, in Zukunft alle Anfeindungen zu vermeiden. Dann laß der Zar seinen Untertanen seinen Willen in Bezug auf die Armee kundtun, falls er es für möglich und notwendig hält, selbst am Feldzug teilzunehmen. . . . Nachher muß der Zar, umgeben von seiner Geistlichkeit mit Kirchenbannern, Kreuzen, Weihrauch und Heiligenbildern, auf den Balkon treten und die eben gehaltenen Rede schon als Manifest an seine treuen Untertanen halten, die unten im Hofe versammelt von den geschlossen Reihen der Truppen mit aufgepflanztem Seitengewehr und blankem Säbel umgeben sein müssen. . . .

Dann wird das ganze tiefgerührte Volk Dir begeistert jubeln, auf die Knie fallen und für Dich beten.“

Wehr alle bisher veröffentlichten Briefe dürfte gerade dieser geeignet sein, die vollendete politische und geistige Unfähigkeit dieses getrunkenen Dilettanten ins rechte Licht zu setzen.

Zeit-Lata!

Unter den vielen Kaiserbriefen, die jetzt das Licht der Öffentlichkeit bescheint, sei heute noch der folgende wiedergegeben, der beweist, daß Wilhelm auch erfolgreich bemüht war, sich in Ästen Feinde zu machen, die dann mit über Deutschland hergefallen sind. Billy schreibt an Nidj:

Minuten lang der Mann nicht mehr bei sich sein, und dann kehrt sich nichts machen; ich bitte nur um noch einen Zeugen, um einen dritten Zeugen.“

Der Herrler eilt zur Tür. „Barthel“, rief er hinaus, „laufe nach dem Arzainer Knecht, er möchte gleich kommen, er soll mir alles sagen und helfen helfen!“

Der Knecht rannte fort.

„Gehörtes haben gehört, daß er auch an dem Gedanken steht, den Florian auf seinem Namen zu schreiben; wie ich schon die Ehre hatte anzufragen zu legen, so ist das vergangene Jahr an der Bedenkenhaftigkeit von Vater und Sohn gescheitert und läßt sich jetzt nicht mehr ins Werk richten, es ist das ein Geschäftsgang, der gesunde Sinne erfordert.“

„Die noch ein langes Leben vor sich haben. Herr Doktor!“

„Es ist auch nicht anders, Hochwürden. Unter den gegebenen Umständen ist es unmöglich und halte ich es auch für ganz nebenbei. Eine Aufklärung darüber verstände der Alte immer und sie würde ihn nur ganz verwirren. Die Schriften habe ich, Gott sei Dank, vom vorigen Jahre her für und fertig liegen gehabt und daher nur vom der Adoption Umgang genommen und an die Stelle derselben in der letztwilligen Verfügung ein Bekundnis der Vaterlichkeit setzen lassen, das zwar keine Rechtsfolge hat, aber, ich denke, wir begünstigen uns diesfalls mit der moralischen. In dieser Form werde ich auch das Testament verlesen und zur Unterschrift unterbreiten: mein Schreiben führe ich mit mir.“ — der Notar stieß zum Besitze dessen ein kleines röhrenförmiges Zintenzug mit dem ersten Worte in die Aktplatte — „so haben wir auch einmütig Kunde bei der Festigung der Adoptionsurkunde, wenn wir nur der Müller noch die paar Minuten ansetzt.“

„Ich bitte, das wird er wohl.“ sagte der Seelsorger. „Nun, Herrling, wie ist ihm denn?“

„Gut, sehr gut.“

„Nun näher zu ihm tretend, sagte er, damit der Erbende an dem Gedanken festhalte: „Nun werden wir halt den Florian an die Aktplatte schreiben.“

„Ja, an die Aktplatte schreiben und auf meinen Namen, die Adoptionsurkunde wird eine Freude haben, es ist ja unser Stand.“

Neues Palais, 4. Juli 08.

Mein liebster Nidj!

Die chinesischen Truppen exerzieren Tag und Nacht und, wie die Leute, die sie z. B. in Pao-ling-Fu beobachtet, sagen, auffallend gut, unter dem Kommando von japanischen Instruktionsoffizieren, deren Zahl ständig wächst. Netze Sachen! Ich denke, den Chinesen sei es nicht gestattet, Japaner in ihrer Armee zu haben. Gektere ermaßen sicherlich in den Chinesen Hoffnungen und stößen ihnen allgemeynen Haß gegen die weiße Rasse ein. Sie bedeuten eine schwere Gefahr in Deinem Rücken, falls Du einen japanischen Angriff von der See her vor Dir hast. Berzeth meine Freimütigkeit, die ich mit genommen habe, ich hoffe, daß der Admiral des Stillen Ozeans nicht böse sein wird auf die Warnzeichen des Admirals des Atlantik, der immer auf der Wacht ist. Tal Tal!

Herrlichen Gruß an Nidj von Deinem ergebenen Freund und Betters toujours en vedette Billy.

Toujours en vedette! Immer auf der Wacht! Ist der Admiral des atlantischen Ozeans, der die Engländer vor den Kopf stößt, mit dem von ihm ernannten Admiral des Stillen Ozeans, mit dem er die Japaner vor den Kopf stößt! Tal Tal! Solch einen göttlich erleuchteten Monarchen müssen wir wieder haben. Tati — Tati!

Die Zertrümmerung der Armee Denikins.

Ein Moskauer Funkpruch faßt die gesamte Lage an der Denikinfront, die sich in den letzten Tagen offenbar völlig zu Gunsten der roten Truppen gewendet hat, folgendermaßen zusammen: „Unsere Kavallerie, die sich Laganrog nähert, hat Denikins Front in zwei deutlich voneinander unterschiedene Teile zerissen. In wenigen Tagen wird unsere Reiterei die Küste des Asowschen Meeres erreicht haben. Der Feind macht die bestmöglichen Anstrengungen, um unseren Vormarsch in der Donetz-Gegend zum Stillstand zu bringen und zog zu diesem Zweck große Truppenmassen zusammen, aber es gelang ihm nicht im geringsten, den unüberwindlichen Siegeszug der roten Armee mit ihrer tapferen Kavallerie unter dem Kommando Bubennys aufzuhalten. Die Einnahme von Jaryzin vervollständigt Denikins Niederlage. Der Feind ist nicht länger in der Lage, noch eine wirkliche Verteidigung von Kostow und Komoschertsk ins Werk zu setzen.“

Judenpogrome der Scharen Denikins.

Bukarest, 9. Jan. General Denikins geschlagene Heerscharen machen in Südrußland viel von sich reden. Sie überschweben das ganze Land und lassen sich schwere Verstöße gegen das Leben und Eigentum der Bewohner zu Schulden kommen. Das Hauptkomitee der Allianz für den Wiederaufbau Rußlands hat bereits vor längerer Zeit ein Memorandum an Denikin gerichtet, „über die Pogrome und Weheleien gegen die jüdische Bevölkerung“. Darin heißt es: „Es ist tief zu bedauern, daß der Marsch Ihrer Armee von einer Reihe von Grausamkeiten begleitet worden ist, wie insbesondere der Niedermetzelung von Juden und der Plünderung jüdischen Eigentums. In vielen Fällen sind Morde vorgekommen und sind Nichtkombattanten beschossen worden. Uns wird von über 30 Orten berichtet, wo über 1200 Juden durch Soldaten der Freiwilligen-Armee getötet worden sind. Sehr groß ist die Zahl der Verwundeten und Ausgeraubten, sie können nicht alle aufgezählt werden, weil sie von niemandem und nirgends ärztliche Hilfe und Medikamente erhalten konnten. Ueberall sind Frauen in Gegenwart ihrer Gatten und Eltern vergewaltigt worden. An verschiedenen Orten haben die Offiziere Ihrer Armee die Pogrome veranlaßt oder an ihnen teilgenommen. An anderen Orten bedrohten Kommandeure und Kommandierte die Bevölkerung mit Pogromen und erpreßten Kontributionen. Während der Pogrome sind ehrwürdige Rabbiner solange geschlagen worden, bis sie starben!“

Der Schandfleck.

Eine Zeitungsnotiz von Ludwig Angenraber.

(Fortsetzung.)

„Kam es in die Krankeinstube eingetreten waren, sagte der kleine Mann einen ihn behindernden Schritt auf ein Tischchen und erwiderte für das erste Male ihm nun selbst bedenklichen Blicken er hat das mit großer Bedächtigkeit, reinigte sie erst sorgfältig mit dem Desinfiziermittel, holte aus dem Kasten ein Kochschüssel das sehr große Futtermittel hervor, schob sie vorsichtig hinein und hielt das Ganze nur eben so wenig wie wieder zu sich. Aber er sollte bald eine gewisse gemütliche Berührung herbeiführen werden.“

„Er hat es das das das Kranke: „Nun, Herr, wie geht es dem?“

„Doch der Anschlag ist ein sehr bösig gelund.“

„Aber er wird, Herrling?“

„Er hat sich, der hat ja der Herr Doktor, freilich.“

„Aber was werden Sie ihm denn da?“

„Ich möchte wissen, wie es geht? Gehört ich nicht heut die Herringer Reden?“

Der Herrler wand einen erschrocken Blick auf den Notar, dieser trat näher und sprach, indem er jedes Wort nachdrücklich betonte: „Nun, Herrling, was ist denn das? Die Herringer Reden ist ja kein Ding.“

„So ist die Reden, was schon lang tot? Ja, wie werden wir es nun wieder bringen?“

„Er hat es mit ja gelassen, ich geliebt, dann er sich nun.“

„Ja, ja, was ich nicht sein.“

„Nun, Herrling, der Herr Notar mit mir beauftragt, um den Florian an die Aktplatte zu schreiben.“

„Ja, ja, den Florian auf meinen Namen und an die Aktplatte schreiben. Ist schon gut.“

„Nun, Herrling, was er sich,“ fragte höflich der Notar, „daß ich keine Einmütigkeit?“

„Ja, freilich, das ist schon so meine Willensmeinung.“

„So ist allerdings Zeit, Herrling.“ — der kleine Doktor schaute nach dem Tischchen, wo die Schriften lagen — „in ein paar

Da öffnete sich die Tür und mit dem zurückkehrenden Knechte stürzte der Arzainer Knecht herein. Der Mann sah wie verwirrt aus, die Haare hingen ihm in das Gesicht, seine Hände waren mit Blut beschmieret und er wischte beständig mit der blauen Schürze an ihnen, um sie rein zu bekommen, denn früher schien ihm doch nicht geraten, sich damit über die Stirne zu streichen.

„Da bin ich, Hochwürden, da bin ich.“ sagte er atemlos, „sauber bin ich hergelaufen, der Barthel hat mich auf dem Erdpflaster getroffen, und weil er gesagt hat, es müßt gleich sein, so bin ich halt mit, wie ich auch aussteh, nichts für ungut.“

„Das ist schon recht, Knecht.“ sagte der Seelsorger, „und so hat ich es auch gemeint, wie er aussieht, das hat nichts zur Sache, wir brauchen eben schnell noch einen Zeugen, der Müller will seinen letzten Willen angehen.“

„So, so, nun, das freut mich, da bin ich schon gern dabei.“ sagte der Knecht, „der Barthel hat mir schon gesagt, er wolle mich seinen Namen dazu hergeben, aber, Hochwürden, ich bitte, was denn hernach der dritte Zeuge, der mit uns schreiben soll?“

„Der bin ich!“

„Nun, Hochwürden, das geht nicht, da noch ich mich doch lieber sauber, ich bin gleich wieder da, nur meinen Sonntagred gleich ich an, was würden die Leute sagen, wenn ich mich so, wie ich da bin, zuer Hochwürden nebenan schreiben läte, und die Herren vom Gericht erst, wenn sie es lesen!“

Der Notar, der bisher dem Müller zugesprochen hatte, lehnte sich rasch gegen Knecht und fuhr den „erschrocken Herrn Zeugen“ an: „Aber er dableiben! Sei er doch nicht gar so dumm, seinem Gähnergefluge kann doch niemand ansehen, ob er es im Sonntagred oder in Fähdarmeln hingeliegt — Denn Müller Herrlinger kennt er?“

„Aber freilich, Herr Doktor, da liegt er ja!“

„Es ist gut. Der hochwürdige Herr Herrler hat ihm bereits gesagt, um was es sich handelt, merk er nun auf, auch du Barthel, ob alles hübsch in der Ordnung vor sich geht, damit jeder mit gutem Gewissen seine Zeugnishaft abgeben kann.“

„Wollen schon aufpassen, Herr Doktor.“

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

An unsere Leser!

Wegen technischer Schwierigkeiten mußte der ausführliche Parteitagbericht und eine Menge Nachrichten bis morgen zurückgestellt werden.

Redaktion der „Danziger Volksstimme“.

Lohnbewegung unter den Eisenbahnern.

Die Eisenbahnerchaft befindet sich in einer Lohnbewegung. Gestern vormittag hatte sie im Steppuhnschen Saale eine sehr stark besuchte Versammlung, die von allen drei Verbänden, dem deutschen Eisenbahnerverband, dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten einberufen war. Leiter der Versammlung war Genosse Max Schulz. Für den deutschen Verband sprach Genosse Bohm, für den allgemeinen Verband Krandt und für die Gewerkschaft Dr. Ferkopfen. Der Grundton der Reden und der Diskussion war ein gleicher.

Nach der Umwälzung wurden auch im Eisenbahnbetriebe die Löhne neu geregelt. Der Höchstlohn in Danzig wurde auf 2,40 M. die Stunde festgesetzt. Die Lohnsätze entsprachen damals einigermaßen den Preisverhältnissen. Nach dieser Zeit haben sich die Preise aber ganz gewaltig und unnatürlich nach außenwärts entwickelt, anstatt nach abwärts. Die Preise grenzen oft an Wahnsinnige, und vielfach wird diese Preissteigerung geradezu verbrecherisch gefördert, besonders in der Bekleidungsbranche. So zurecht es den Arbeitern auch ist, sich fortgesetzt mit Lohnfragen beschäftigen zu müssen, statt mit Kulturfragen, so sind sie zwingend genötigt, wiederum eine Lohnerhöhung zu fordern, und zwar diesmal eine erhebliche. Die Verantwortung hierfür fällt nicht auf die Arbeiter, sondern auf diejenigen Personen und Stellen, die diese fortgesetzten Preissteigerungen herbeiführen oder ihnen nicht mit wirksamen Mitteln und mit Tatkraft entgegenwirken. Die Geldentwertung wird fortgesetzt, dem Schwindel auf dem Gebiete der Wälsche wird nicht begegnet, Arbeit wird nicht geschafft und die Preiswucherer läßt man laufen. Die Arbeiter, wie auch die Angestellten und Beamten, haben unbedingt das Recht, zu verlangen, daß ihr Einkommen entsprechend den Preissteigerungen steigt. Es kann von ihnen nicht verlangt werden, daß sie halb verhungern und in ihrer ganzen Wirtschaft ruiniert werden, während sich andere Kreise und besonders solche, die eigentlich Zuchtlandsbauern sind, maßlos bereichern und schlemmen. Das wäre ein Unrecht gegenüber der deutschen Volkskultur. Das wäre auch ein Unrecht gegenüber der Regierung, der man dadurch die Wohlthat praktischer Besehung und fühlbaren Antriebes zur vernünftigen Lat. vorenthielte.

In Berlin schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Tarifvertrag aller Eisenbahner und Hilfsbeamten. Nach diesem Tarifvertrag soll der Höchstlohn 3,50 M. für die Stunde betragen. Die Redner legten Protest ein dagegen, daß dieser Vertrag so lange nicht zustande kommt. Die abzutretenden Gebiete gehen dann in die neue Verwaltung mit leeren Händen über. Würde der Vertrag aber bereits Gültigkeit haben, so würde er auch von der neuen Verwaltung übernommen werden. Deshalb liegt auch für Danzig ein besonderes Interesse vor, daß der Lohnvertrag sofort in Kraft tritt. Die Regierung hat nur eingeschoben, daß die Lohnerhöhung dringlich ist, und sie hat deshalb beschlossen, einseitigen Steuerzuschläge zu genehmigen. Die Orte sind in drei Wirtschaftsklassen eingeteilt, und Danzig ist der 3. Klasse zugewiesen. Für diese Klasse beträgt der Stundenlohn für Arbeiter 20 Pf., für Handwerker 30 Pf. Die Redner verlangten im Namen der Arbeiter, daß Danzig sofort in die 1. Klasse versetzt würde. In diesem Falle würde der Zuschlag 40 und 50 Pf. betragen. Der Zuschlag fällt bereits vom 1. Januar ab. Es wurde auch die Forderung der festwertigen Löhne gestellt, die in den Organisationen eifrig erdrückt wird. Es soll ein Grundlohn festgesetzt werden und daneben ein beweglicher Teil, der sich nach dem Durchschnitt der Preise an notwendigen Lebensmitteln richtet und sich tarifmäßig selbstständig regelt. In diesem Falle würde die Preissteigerung und der Preiswucher von den Verbrauchern, aber auch den Exportern und Händlern, anders beurteilt werden, da Vorteil und Nachteil gleichzeitig wirken. Dann wäre vielleicht eine gemeinsame Front gegen den Preiswucher möglich. Diese Forderung wurde in der Entschließung in Form einer beweglichen Steuerzuschulage festgelegt.

Bemerkenswert war auch eine Mitteilung des Genossen Bohm. Er hatte am Tage zuvor mit dem zukünftigen polnischen Eisenbahndirektionspräsidenten v. Czernowski eine Unterredung über die Arbeiterverhältnisse in Danzig. Der Präsident erklärte, daß die deutschen Arbeiter von ihm nichts zu befürchten hätten. Er sehe den Arbeitern wohlwollend gegenüber und werde ihre Interessen ohne Ansehen der Person und Nationalität vertreten. Sollte durch Schuld der Eisenbahner der Betrieb aber anstandslos sein, so werde er nicht anfechten, die energikraftigen Mittel zu ergreifen.

In der Aussprache wurde auch der Wunsch laut, daß man der Regierung ein Minimum stellen wolle, um die Lohnerhöhung sofort zugesichert zu erhalten. Es wurde aber abgeraten, diese Form zu wählen, da sich dies nach Lage der Verhältnisse nicht empfiehlt. Man wolle augenblicklich kaum, wer jetzt der voll Verantwortliche ist. Man werde die Forderung aber an die alte preussische Verwaltung stellen. Schließlich wurde gegen eine geringe Minderheit folgende Entschließung angenommen:

„Die heute, am 10. 1. 20, im Lokale von Steppuhn tagende öffentliche Eisenbahnerversammlung des Direktionsbezirks Danzig erhebt nach Anhörung der Referenten sämtlicher Organisationen schärfsten Protest gegen die zu niedrige Bemessung der provisorischen Lohnzuschläge, vor allen Dingen aber gegen die ganz ungerechtfertigte Verschleppung der Tarifverhandlungen von seiten des Ministeriums. Sie erblickt hierin nur ein Mittel, die Eisenbahnerchaft im abzutretenden Gebiete im Leben zu gefährden und die Bewegung der Tarifverträge zu bringen, indem der Abschluß durch das Zaudern der Verwaltung bis nach der W. trefung hinaus verzögert wird. Sie ermahnt und verlangt mit allem Nachdruck, daß in allerkräftigster Zeit die Verhandlungen zu einem in jeder Hinsicht befriedigenden Resultat geführt werden. Sie verlangt ferner: 1. Einreihung in die erste Wirtschaftsklasse, 2. eine Steuerzuschulage, die den jeweiligen Lebensmittelpreisen und den Preisen der lebensnotwendigen Mittel angepasst mindestens aber 75 v. S. des festgesetzten Lohnes beträgt.“

Preßstimmen über die erste Stadtverordnetenversammlung.

„Danziger Zeitung“ (Deutschdemokratisch): Das Wichtigste war die Wahl des neuen Stadtvorstandes. Man kann darüber streiten, ob diese Gelegenheit wirklich wichtig genug war, eine Trennungslinie zwischen Bürgerlichen und Sozialisten zu ziehen. Wie im täglichen Leben, ist es im politischen

gut, nicht den Rechts- und Machtstandpunkt in Fragen zu betonen, die häufig und endlich ja doch nicht von so erheblicher Bedeutung sind. Es wäre nur zu wünschen, daß die Sozialisten von sich aus nun klar genug sind, nicht weiter als reine Opposition aufzutreten, sondern recht bald ihre positive, wertvolle Arbeit der Stadt Danzig zugute kommen lassen.

Die Sozialisten verzichteten danach auf eine Beteiligung am Bureau überhaupt. Das ist sicherlich schade.

Das Bureau ist gebildet. Nun geht es an die Arbeit. Wir möchten noch immer hoffen, daß die gestern entstandene Trennungslinie zwischen Sozialisten und Bürgerlichen nur ein Kreislauf ist, der sich verwischen läßt, und nun eine Stadtverordnetenversammlung arbeitet, wäblich der großen Aufgaben, die die Stadt Danzig zu erfüllen hat.

Der bürgerliche „Block“.

In Nr. 1 unserer Stätte vom 10. d. Mt. brachten wir in dem Bericht über die erste Sitzung des neuen Stadtparlaments den Satz: „Gegen den Antrag auf bessere Besoldung eines Beamten stimmte auch der deutsch-nationale Handlungsgehilfe Wenzel II.“ Wie uns Herr Brungen II. mitteilt, entspricht das nicht den Tatsachen, denn er habe nicht gegen, sondern für den Antrag gestimmt.

Mit der „Einigkeit“ der bürgerlichen Parteien muß es doch schlecht bestellt sein, wenn selbst innerhalb einer Fraktion ganz gegenwärtige Ansichten vertreten werden. Es ist übrigens recht bezeichnend für die volkstrennliche Politik der Deutschnationalen, daß außer einem, der selbst Angestellter ist, alle gegen einen Antrag stimmten, durch dessen Annahme sie am besten ihre Sympathie für die Klasse der Schaffenden dokumentieren konnten.

Nochmals der Lohnkampf im Wilhelmtheater.

Die bürgerliche Presse bringt eine Notiz in der es heißt: „In der Lohnbewegung des Personal ist durch Entgegnungen der Direktion eine Einigung erzielt worden.“ Wie wir bereits in unserer Ausgabe vom 8. Januar mitteilten, mußte die Forderung der Mitglieder um die Hälfte reduziert werden. Die Forderung der Gehaltserhöhung erfolgte lediglich aus den Kostenzuschlägen, die an Sonn- und Festtagen erhoben werden. Die Zuschläge für die Wochenlöhne kommen dem Personal nicht zugute. Abgesehen davon, daß Schmodt unter demaligen Notiz verschoben hat, erscheint es uns doch etwas gewagt, hier von einem Entgegenkommen der Direktion zu sprechen. Handelt es sich nicht eher um ein Entgegenkommen des Publikums, das diese Zuschläge im Interesse der guten Sache zahlt?

Eine Produktivgenossenschaft der Bauarbeiter und Zimmerer.

Der Deutsche Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Danzig, und der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Danzig, hielten am Sonntag, den 11. Januar d. J., im Werkspiehsaal eine gemeinsame Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die stellen wir uns zur Gründung einer Produktiv-Genossenschaft für das Baugewerbe im Freistaat Danzig?“

Leiter der Versammlung war Genosse Brill, das Sekretar war vom Genossen W. Reel übernommen. Reiner führte den Anwesenden noch einmal die gesamte Genossenschaftsbewegung vor Augen. Dann erläuterte er, wie und auf welche Art die Arbeiter durch die Gründung von Genossenschaften sich den vollen Ertrag ihrer Arbeit sichern können, um so den Unternehmergewinn voll und ganz anzuschaffen. Wenn es uns die heutigen wirtschaftlichen wie politischen Verhältnisse noch nicht erlauben, voll und ganz zu sozialisieren, so bringt uns doch die Genossenschaftsbewegung auch bei der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein gutes Stück dem näher. Reiner ging dann noch auf das Statut ein, welches von einer Kommission, bestehend aus 12 Mitgliedern der in Frage kommenden Organisationen ausgearbeitet ist, auf dessen Grundlage die Gründung der Genossenschaft vor sich gehen soll. Zum Schluß forderte Reiner alle Versammlungsteilnehmer auf, sich an diesem Unternehmen zu beteiligen und ganzes Sein und Können in den Dienst der Genossenschaft zu stellen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für die Gründung einer Produktiv-Genossenschaft aus; es gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

„Die am 11. Januar 1920 im Werkspiehsaal zu Danzig tagende gemeinsame Mitglieder-Versammlung des Deutschen Bauarbeiter- und Zimmerer-Verbandes beschließt die Gründung der Produktiv-Genossenschaft und beauftragt die in der gemeinsamen Vertrauensmännerziehung gewählte Kommission mit den weiteren Vorarbeiten und erwartet, daß bald möglichst die Gründerversammlung einberufen wird.“

Der Bezirk der Preisbedienstetenangehörigen des Magistrats der Stadt Danzig, Gruppe 1 hielt am 6. Januar d. J. im Stadtvorstandesaale seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht für das verflossene Jahr weist erfreulicherweise ein Überschlagsvermögen von 1990,96 Mark auf, wovon 150 Mark dem Sterbunterstützungsfonds zugewiesen wurden. Die Mitgliederzahl ist von 208 auf 365 gestiegen, weitere 8 Mitglieder wurden aufgenommen. Dem Vorstand wurde mit Anerkennung Entlastung erteilt. Die Versammlung war stark besucht. In den Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender Herr Weiler, als erster Schriftführer Herr Bruno Marwitz, als zweiter Schriftführer Herr Plinski, als Beisitzer die Damen Körner, Malabinski, Menge und die Herren Braun, Scholz und O. Kahn. Gegen die dauernde Steigerung der Lebensmittelpreise wurde Stellung genommen und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß mit Rücksicht auf die laufenden Steuerzuschläge um mindestens 150 Prozent erhöht werden.

Ernährungsfragen im Bauereischaus. In der letzten Sitzung des Bauereischaus wurde darauf hingewiesen, daß die Preise für 50 Gramm bei den Bäckern nur 6 Pfennig kosten dürfen. Das machte der Vorsitzende Mitteilung über die Verteilung der Preise. Der Preis der Weizlinge wird nun billiger werden. Der Preis des Preises für die Weizlinge für die Fischer auf 100 Mark für den Zentner festgesetzt und auf 125 Mark für den Meinschmelz. Boppot, sowie die Kreise Danziger Gasse und Niederring werden mit der Höchstpreisfestsetzung bald folgen. Wenn sich die Notwendigkeit ergibt, werden noch weitere Kreise mit Preisfestsetzungen eingreifen. Die Weizlinge sollen möglichst in frühesten Zuständen den Verbrauchern zugeführt werden. — Zur Sprache gebracht wurde, daß sich ein Schleichhandel mit Butter stark bemerkbar machte. — Ein Preisanschlag in den Bäckereien wurde gewünscht. — Für Streichhölzer besteht ein Höchstpreis von 1,30 Mark für das Pack. Dieser Höchstpreis darf nicht überschritten werden. Der augenblickliche Schleichhandel mit Streichhölzern soll zur Anzeige gebracht werden. Die Streichhölzer kommen vielfach aus einem großen Diebstahl. Es wurde festgestellt, daß Streichhölzer auch zurückgehalten worden sind. Diese Ware kommt jetzt zum Verkauf. Der Leiter des Ernährungsamtes, Affessor W r i e t e n i s, muß dem

Mangel an Maislaffee nachgeben. Berichtsunterlage der öffentlichen Bewirtschaftung. Solange die Bierbrauereien mit Getreide besetzt werden, müsse man auch die Maislaffeeabriken beliefern. Die Mittelteil wurde, stehen für Cafen Höchstpreise in Aussicht. — Der Höchstpreis für Runkelrübe beträgt 1,10 Mark. Ein höherer Preis darf zunächst noch nicht gewonnen werden.

Hohe Kartoffelpreise. Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln hat durch den Frost und andere Umstände stark gestiegen. Die Preise sind leider im Steigen. In Danzig kostete der Zentner Kartoffeln im Kleinverkauf 18 Mark, in Stettin 20 Mark, in Breslau 22 Mark und in Königsberg sogar 25 Mark.

Durchsuchung in der Markthalle. Am Samstag Mittag unterzogen die Kriminalpolizei unter Führung eines Polizeikommissars, gemeinsam mit der Volkspolizei, eine Durchsuchung der Verkaufstände und Vorratshäuser in der Markthalle nach Schleichwaren. Nur Butter, Putter usw. Putter und geschmaltene Speise waren vorgefunden und beschlagnahmt.

Ausfahrverbot für Hühnerfrüchte. Der Magistrat hat sich veranlaßt gesehen, ein Ausfahrverbot für Hühnerfrüchte zu erlassen. Es ist dies im wesentlichen deshalb geschehen, um das Ausfahren von Hühnerfrüchten aus Danzig zu verhindern, damit die Erziehung Danzigs auf jeden Fall in der Übergangszeit sichergestellt ist.

Der Älteste deutsche Richter. Das 60 jährige Richterjubiläum feierte dieser Tage der Geheimrat Justizrat W e b e r t in Danzig. Seit 30 Jahren Vorsitzender der hiesigen Kammer für Handelsfachen. Mit fast 82 Jahren ist er der Älteste Richter und Vorsitzende auch der Älteste deutsche amtierende Richter. Der Jubilar ist ein naher Verwandter des verstorbenen Richters Frank Wecklin.

Das polnische Getreidebesetz in Danzig. Polener Handelskreise beschließen, in Danzig eine Getreidebesetz zu errichten und Danzig zum wichtigsten Marktplatz für Getreide im Osten zu gestalten. Der erste Getreidemarkt wird bereits am 27. Februar in Danzig stattfinden. Die polnische Regierung hat zur Bekleidung der Danziger Frühjahrsmesse 100 Quadratmeter Ausstellungsbau gemietet. Welcher Art die Waren der aufzustellenden Industrieerzeugnisse sind, ist jedoch noch nicht bekannt.

Handball in Danzig. Der gestrige Sonntag brachte in der Meisterschaftsspielen der 1. Klasse 3 wichtige Krefte. Obwohl die Plätze nicht gerade in bester Verfassung waren, verliefen beide Spiele sehr interessant, und dem Spiel Preußen — Chemnitz auf dem Heinrich Ehlersplatz wohnten annähernd 1000 Zuschauer bei. Preußen als bessere Mannschaft gewann 3:1 (2:0) und Wismar für Weidesebungen schlug den Danziger Sportklub 2:0 (1:0). — Am 18. Januar stehen sich nun Preußen und Chemnitz für Weidesebungen im Entscheidungsspiel der Danziger Bezirksmeisterschaft gegenüber. Der Sieger spielt dann am 26. Januar gegen Wismar-Ebing. Der Meister des Ebinger Bezirks, um die Meisterschaft des Kreises Westpreußen.

Polizeibericht vom 11. und 12. Januar 1920. Verhaftet: 18 Personen, darunter: 12 wegen Verdachts des Diebstahls, 2 wegen Schererei, 2 wegen Betrugs und 2 in Polizeigast. — Gefunden: 1 Gut mit Wollstücken und Quittungsbücher für Otto Krandt, 1 schwarze Handtasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit Geld, Taschentuch und Zahn, 1 Portemonnaie mit Geld und Währmittelmärken, 1 loser Papiergeldbetrag, 1 Kreuzring gestohlen, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizei-Präsidiums, 1 Schm. Portemonnaie mit Geld, Brief- und Lebensmittelmärken sowie 1 Zettel auf den Namen Günther Lantze, abgehoben von Herrn Johann Diehl, Schäffeldamm 2 p 12, 1 Gutsbeutel mit Währmittelmärken, abgehoben vom Schüler Anton Krawinkel 5.

Wasserstandsnotizen am 12. Januar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	2,38	2,38	Düchel	1,07	2,26
Ferdin	2,15	2,70	Stilghau	1,38	2,54
Culm	2,18	2,54	Einlage	2,40	2,58
Graudenz	2,06	2,58	Schleusenbach	2,68	2,70
Kurzbrack	2,00	2,35	Wolpe	2,77	3,10
Montagschiff	1,19	2,34	Arnau	2,03	2,10

Theater und Konzerte.

Stadttheater.

Gans Hjerer „Erziehung zur Liebe“.

Dieses schlichte Stück, das ein Dichter (Hjerer) hat in Danzig, b. i. auf einer bestenfalls mittelwichtigen Dramaturgie, nichts zu haben. Es mag die Leben der Insassen der Theaterinsassen bleiben. Die die Aufgabe haben, die Entschuldig bei gelassenen Dramen zu gelassen. Oder einen jungen gelassenen Dichter zu fördern, ihr durch die Aufführung eines aus schlichten Szenen Gelassenheit zu geben, seine Schwächen zu erkennen. Offenbar hat der starke Erfolg der „Charlotte Corbell“ zur Aufführung dieses am drei Jahre jüngeren Werkes angelegt, was beweist, daß wir einen gelassenen Dramaturgen brauchen. Was sollte der Landmann zu Worte kommen, der Graudenz? Es hätte man sich besser getan, seine „Wolpe“ oder „Tina“ und die „Jahre“ hervorzuholen. Der Beifall des Hauses, in dem eine große Menge von Literaturfreunden und eine noch größere von Unterhaltungs- am Schluß helle, nachdenklich, nicht an der Seite, hat die Drama von der „Wahl der Götter“ zurechtgerückt und gelassen gelassen wurde. Das ist ein wenig nach dem ein wenig nach dem leute im Geist, die die tragischen Dingen auf der Bühne nur einer zufällig überlassen Bemerkung oder eines klügeligen Geistes seitens der Darstellung willen für ein unglücklich nachdenkliche Vorgänge im Theater, so beschämend sie sein und die Stimmung ernsthafter erheblich bedürfen mögen, sind leider sehr unzureichend. Sie zeigen die heftigste geistige Verfassung des Schauspielers, die nicht nur auf den Komik verhängen, die Verhältnisse des Theaters kommt.

Das will Gans Hjerer mit dem Stück sagen? Nicht durch die Erfolge, daß es weit besser ist, wenn ein gelassenes und bereinigt gefahrene Frau einen heftigsten Wutischen in die Liebe einführt, als wenn er mit einem gepumpten Taler zu einer vielleicht gelassenen Liebe schließt, gestützt auf unsere Jugend für ihre hässliche Zeit des Mitumwrens in den Kellern seine Schmalzweier und Normalhauser braucht, sondern Freude und Heiligkeit, daß ein Sturm hall ein Sturm bleibt, der beste Freund der Flamme und der Blut und daß wir froh sein können, wenn er uns selbst unglücklich findet. Doch dies ist Hjerer nur Jagen. Er sagt begeben wie sein junger Hjerer: „Die Liebe aber ist die größte von ihnen.“ Liebe beinahe eine Dichtung der Liebe. Das die besagte Dichtung durch das Liebestück nur schmerzhaft, fast zu frohen, nicht zu besorgen. Hjerer ist leider oft sehr unglücklich. Ich habe den Eindruck, im Rahmen der Dichtung, und mag man den Schluß sehr leicht, indem er uns befehlt, ihn zu glauben, oder — Aber bei das Ganze schreie, ist ein Dichter. Ist ein Dichter um bei einem Frau wälen, die in dem Drama wie ein Monument der Liebe steht, ist

